

---

**Sicherheit**
**„Ohne Not und zur Unzeit“**

Von Katharina Iskandar und Ralf Euler



„Die Studentenproteste bringen das Faß zum Überlaufen“

01. Juni 2006

In Hessens Polizei regt sich Unmut über das „unüberlegte Vorpreschen“ der in Sachen Studiengebühren. Mit dem Gesetzentwurf für einen Semesterbeitrag 500 Euro hätten Ministerpräsident Roland Koch und Wissenschaftsminister Udo Schaefer (CDU) die Studenten „ohne Not und zur Unzeit“ gegen sich aufgebracht und (vor enorme Probleme gestellt, kritisierte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft (GdP), Jörg Bruchmüller, im Gespräch mit der F.A.Z.. Ausgerechnet während der Weltmeisterschaft, die in den nächsten Wochen ohnehin eine gewaltige Herausforderung bedeute, müßten die Sicherheitskräfte nun auch noch beinahe täglich mit Dutzenden von Straßenblockaden und Hausbesetzungen durch Hunderte von Studenten rechnen.

Die hessische Polizei, warnte Bruchmüller, werde bis an die Grenze ihrer Leistungsmöglichkeiten und even darüber hinaus beansprucht. Fünf WM-Spiele im Frankfurter Stadion, darunter die brisanten Auftritte mit englischen und holländischen Fußballfans, sowie 25 Übertragungen auf Großleinwänden mit jeweils mehreren tausend Zuschauern stehen bis Mitte Juli an. Zudem planen Neonazis für den 17. Juni, zum Spiel Iran gegen Portugal, eine Kundgebung in Frankfurt. Bruchmüller schätzt, daß zu den zwei Millionen Überstunden, die in den vergangenen Wochen bei der hessischen Polizei aufgelaufen seien, allein aufgrund der Weltmeisterschaft mehr als 500.000 Stunden werden. „Die Studentenproteste bringen das Faß zum Überlaufen.“

**Senat der HfG Offenbach lehnt Studiengebühren ab**

Von einer „politischen Instinktlosigkeit“ spricht der Vorsitzende des Hauptpersonalrats der hessischen Polizei, Ralf Möller. Mit ihrem Gesetzesvorhaben habe die CDU-Landesregierung „unnötigerweise“ schon jetzt eine Protestaktion losgetreten, denn die Studiengebühren seien ja erst für das Wintersemester 2006/2007 vorgesehen. „Ich wünsche mir mehr vorausschauendes Denken gewünscht.“ Angesichts der extremen Beanspruchung der Polizei habe er den Innenminister Volker Bouffier (CDU) darum gebeten, die Regierung möge nach der WM auf „keine weiteren Aktionen“, die geeignet seien, die Sicherheitskräfte auf den Plan zu rufen, zunächst verzichten.

Daß die Studentenproteste in den nächsten Wochen abnehmen werden, ist nicht zu erwarten. „Wir müssen erwarten, daß die Demonstrationen weitergehen“, sagt Karlheinz Wagner von der Frankfurter Polizei. In der Mainmetropole gestern weitgehend ruhig. Gerade einmal 150 Studenten hatten sich auf dem Campus Bockenheim versammelt und weiter nach Gießen, wo bis zum frühen Abend rund 4000 Studenten, Schüler und Lehrer durch die Innensicherheitsmaßnahmen der Polizei blieb die Demonstration weitgehend friedlich. Ein Zwischenfall ereignete sich allerdings am späten Nachmittag seien 50 Demonstranten in das Gebäude gestürmt und hätten Gegenstände zerstört und einen Sprecher der Polizei mit. Drei Studenten seien festgenommen worden. Unterdessen hat auch der Senat der Hochschule in Offenbach die Einführung von Studiengebühren abgelehnt. Die Kommunale Ausländervertretung lehnt die Pläne der Landesregierung ebenfalls ab, da ausländische Studenten dadurch diskriminiert würden.

Text: F.A.Z., 01.06.2006

Bildmaterial: F.A.Z. - Julia Zimmermann

Artikel drucken: Polizei im Dauerstress

 drucken

Studenten-Demos und WM

## Polizei im Dauerstress



GdP beklagt Dauerstress

Die hessische Polizei beklagt, dass neben den Belastungen rund um die Fußball-WM nun auch noch von den studentischen Protesten unerwartet Kräfte gebunden werden. Die Überstunden erreichen gigantische Dimensionen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat der hessischen Landesregierung vorgeworfen, die Studenten-Proteste gegen die geplanten Studiengebühren zur Unzeit vom Zaun gebrochen zu haben. Zu den Belastungen wegen der Fußball-WM kämen jetzt noch nahezu täglich Großeinsätze bei Demonstrationen und Straßenblockaden der aufgebrachten Studierenden, sagte der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller in Wiesbaden.

Am Donnerstag gingen in Kassel hunderte Schüler und Studenten auf die Straße, tags zuvor gab es vehemente Proteste in Gießen. Die Landesregierung habe sich bei ihrem Vorstoß zu den Studiengebühren offenbar mit der Annahme verrechnet, dass die Proteste in den Semesterferien abebben würden, erklärte der GdP-Chef. „Die Studenten haben das erkannt und nutzen jetzt bei der WM ihre Chance.“

### "Unglaubliche Arbeitsverdichtung"

Die von allen erhoffte Atempause nach der WM werde es für die hessische Polizei nicht geben, meinte der Gewerkschafter. Bereits jetzt sei klar, dass die Besuche des US-Präsidenten George W. Bush in Mecklenburg-Vorpommern und des Papstes in Bayern erneut als bundesweite Polizeilagen gesehen werden. Zusätzlich seien bereits neue Castor-Transporte angekündigt, die ebenfalls mit einem großen Aufgebot geschützt werden müssten.

„Es ist eine unglaubliche Arbeitsverdichtung vor dem Hintergrund eines weiteren Personalabbaus“, sagte Bruchmüller. Die von ihm früher angenommenen 500.000 zusätzlichen Überstunden während der WM-Zeit würden aller Voraussicht nach für die rund 15.000 Polizeibeamten nicht ausreichen.

(anmu)

Stand: 01.06.2006

 drucken[hr-Ihre Gebühren, Ihr Programm](#)© Hessischer Rundfunk 2006 | [Impressum](#) | [Heute in der Redaktion](#) | [Kontakt](#)

hr-online enthält Links zu anderen Internetangeboten. Wir übernehmen keine Verantwortung für Inhalte fremder Webseiten.

Studiengebühren

**Erneut Proteste - Bouffier warnt Studenten**

Anschaffen fürs Studium?

In Kassel haben am Freitag erneut Studierende gegen die Einführung von Studiengebühren protestiert. Innenminister Volker Bouffier (CDU) warnte unterdessen davor, die WM mit gewalttätigen Aktionen zu stören.

"Es ist logisches Recht, für seine Interessen auf die Straße zu gehen", sagte Bouffier am Freitag auf dem Hessentag in Hessisch Lichtenau. Allerdings dürfe die Fußball-WM nicht zweckentfremdet werden.

"Bürgerbüros stürmen, Beamte mit Flaschen bewerfen und Brandkörper werfen geht nicht", sagte der Innenminister. Das sollten die Studenten bedenken. Die WM dürfe von den Demonstrationen nicht gestört werden.



Ein zum Kreditinstitut umfunktioniertes Kasperletheater.

Unterdessen protestierten am Freitag in Kassel erneut dutzende Studenten mit bunten Aktionen in der Fußgängerzone gegen Studiengebühren. Einige bettelten und hatten sich Schilder umgebunden, auf denen stand: "Hast Du mal mindestens 500 Euro?" Ein Student machte als Schuhputzer verkleidet seinem Unmut Luft, während zwei Studentinnen als Prostituierte ausstaffiert demonstrierten: "Wir sind jung und brauchen das Geld zum studieren", klärten sie das Publikum auf.

**Kritik von der Gewerkschaft der Polizei**

Protest gegen Studiengebühren in Kassel.

Die Gewerkschaft der Polizei hatte der Landesregierung am Donnerstag vorgeworfen, die Studenten-Proteste zur Unzeit vom Zaun gebrochen zu haben. Die Regierung hätte das Gesetz zur Einführung von Studiengebühren auch nach der WM angehen können. Ministerpräsident Roland Koch (CDU) sagte dazu am Freitag, zur Wahrung von Fristen und des Vertrauensschutzes der Studenten sei die

Gebührenentscheidung schnell nötig.

### Mehr zum Thema

- Der Ton wird schärfer (30.05.06):

[http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard\\_](http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_)

- Mit Trillerpfeifen in den Verkehrsstau:

[http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard\\_](http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard_)

- Interview: "Denen schlottern schon die Knie":

[http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard\\_](http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard_)

- Sternmarsch in Kassel (1.6.2006):

[http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard\\_](http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard_)

(aba)

**Stand: 02.06.2006**

 drucken

### [hr-Ihre Gebühren, Ihr Programm](#)

© Hessischer Rundfunk 2006 | [Impressum](#) | [Heute in der Redaktion](#) | [Kontakt](#)

hr-online enthält Links zu anderen Internetangeboten. Wir übernehmen keine Verantwortung für Inhalte fremder Webseiten.

## Polizei fühlt sich von der Politik verheizt

Gewerkschaft: Vor der Fußball-WM kommt Streit um Studiengebühren zur Unzeit

Vom 02.06.2006

**WIESBADEN Auf die rund 15 000 hessischen Polizeibeamten kommen anstrengende Wochen zu: Auf die Fußball-WM waren sie schon lange vorbereitet. Dass sie jetzt aber auch noch fast täglich bei Studentenprotesten eingesetzt werden, nehmen sie der Landesregierung übel.**

Von

Christoph Risch

"Die hessische Polizei wird verheizt", sagt Jörg Bruchmüller, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, die für rund zwei Drittel aller Polizeibediensteten in Hessen spricht. Die Studentenproteste seien ohne Not so kurz vor Beginn der Weltmeisterschaft durch die Ankündigung, Studiengebühren in Hessen einführen zu wollen, herbeigeführt worden.

Die Hoffnung der Landesregierung, die Demonstrationen würden mit Beginn der Semesterferien am 21. Juli ein Ende finden, werde nicht aufgehen, befürchtet der GdP-Vorsitzende. Und die Studenten hätten bereits angekündigt, dass sie die WM nutzen wollten, um auf ihren Protest aufmerksam zu machen. So ist für den 28. Juni eine Großdemonstration in Wiesbaden geplant.

Zusätzlich zu den Einsätzen bei der WM kämen damit solche bei Protestaktionen. Die Zahl der Überstunden alleine bei der Weltmeisterschaft werde sich auf eine halbe Million belaufen. Bruchmüller sprach von einer "unglaublichen Arbeitsverdichtung für die Polizei bei gleichzeitigem Personalabbau". Im Rahmen der Aktion "Sichere Zukunft" fallen bei der Polizei 360 Stellen dem Rotstift zum Opfer.

Bruchmüller erinnerte daran, dass zu den Großereignissen ja noch das Tagesgeschäft komme. Und nach der WM stünden weitere Ereignisse wie der Besuch von US-Präsident George W. Bush in Mecklenburg-Vorpommern, die Papst-Visite in Bayern und mehrere Castor-Transporte auf dem Programm, bei denen voraussichtlich auch Beamte aus Hessen eingesetzt würden. Vor diesem Hintergrund sei es umso unverständlicher, dass die Einführung von Studiengebühren, die ja erst zum Wintersemester 2007/08 kommen soll, vor der Weltmeisterschaft zum Thema gemacht worden sei.

Regierungssprecher Dirk Metz versuchte die Polizei-Gemüter zu beruhigen: "Wir wissen um die hohe Belastung der Polizei." Die hohe Polizeipräsenz bei den Protestaktionen sei aber geboten, weil immer wieder einzelne Demonstranten zu rechtswidrigen Mitteln griffen. Bei ausschließlich friedlichen Demonstrationen müsste sehr viel weniger Polizei eingesetzt werden, glaubt Metz. Das sieht der Polizeigewerkschafter allerdings anders. Die Formel "Friedlicher Protest gleich weniger Polizeieinsatz" stimme so nicht. Außerdem wisse er aus Gesprächen mit Kollegen, dass die überwiegende Zahl der Demonstranten friedlich sei. Zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Gesetzesvorhabens sagte der Regierungssprecher, es gebe ein bestimmtes parlamentarisches Verfahren, für das auch Vorlaufzeiten von der Verabschiedung bis zur Einführung der Gebühren beachtet werden müssten.

Grüne und SPD zeigten Verständnis für den Unmut der Polizei. Es sei nicht notwendig gewesen, den Gesetzentwurf schon jetzt vorzulegen. Auch hätte die Landesregierung wissen müssen, dass die Gebühren auf den Unmut der Studenten stoßen werden. Die FDP rief dagegen die Studenten zur "schnellen Versachlichung" auf. Das Recht zu demonstrieren sei kein Freibrief für Blockaden, Besetzungen oder Gewalt.